

Kriegstagung des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins.

Berlin, 27. Mai.

Ueber Erwarten zahlreich war die Kriegstagung des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins, die in den Pfingsttagen im Preussischen Abgeordnetenhaus unter dem Vorsitz von Helene Lange stattfand, besucht. Aus dem Jahresbericht sei hervorgehoben, daß die Hauptarbeit aller Zweigvereine der Kriegsfürsorge in ihren verschiedenen Aufgaben gedient hat, sei es der Fürsorge für die durch den Krieg betroffenen Ständesgenossinnen oder der sozialen Kriegshilfe jeder Art. Interessant war ferner, daß von den organisierten Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins sehr wenige in die Lage gekommen sind, Hilfe in Anspruch zu nehmen, trotzdem der Verein viele Tausende von Privatlehrerinnen umfaßt. Die Stellenvermittlung der Deutschen Lehrerinnenvereine im Ausland zeigt die bezeichnende Tatsache, daß in Frankreich im Jahre vor dem Krieg deutsche Erzieherinnen in größerem Umfange durch englische ersetzt sind. In England wurden dagegen vor dem Kriege von dem Deutschen Lehrerinnenverein besonders viele Abschlüsse erzielt, so daß dieser Verein unter dem Eindruck einer Besserung der Beziehungen zwischen England und Deutschland stand. Der Verein beschloß die Beteiligung der Lehrerinnen an der von großen Frauenverbänden im Anschluß an die Nationalstiftung unternommenen Kriegsspende Frauenbank 1918. Aus der Klasse des Hauptvereins und der Sektion für höhere Schulen wurde zu diesem Zweck zunächst die Summe von 20 000 M. zur Verfügung gestellt.

Ueber die „Lehren des Krieges für die deutsche Pädagogik“ sprach

Dr. Gertrud Bäumer.

Sie führte aus, wie der Krieg die Mannigfaltigkeit der Bildungsideale, die vorher zwischen individualistischen und sozialpädagogischen Gesichtspunkten schwankten, in einem Sinne entschieden habe: oberstes Ziel aller Schulbildung ist die Stärkung des Staates durch Tüchtigkeit und Pflichtbewußtsein seiner Glieder. Deutschlands künftige Stellung in der Welt wird, wie auch das Ergebnis dieses Krieges sein mag, eine riesige Anspannung der Leistungen des Einzelnen für die Gesamtheit notwendig machen. Darum ist einerseits staatsbürgerliche Bildung, andererseits sorgfältige Schulung der praktischen Fähigkeiten durch Arbeitsunterricht notwendig. Die deutsche Schule muß noch entschiedener die Erziehung des praktischen Landmenschen und die Einstellung des Einzelnen in die staatliche Gegenwart ins Auge fassen. Die Lehrpläne müssen die historischen Stoffe noch mehr zurückstellen, um Raum zu gewinnen für ein lebendiges Gegenwartsbild. Der Aufbau des Bildungswesens muß so sein, daß allen Fähigen der Aufstieg zu angemessener Leistung möglich ist.

Ueber die „weibliche Dienstpflicht“ sprach

Fräulein Helene Lange.

Sie stellte den mannigfachen utopischen Vorschlägen, die zu dem Thema gemacht sind, eine eingehende Darlegung der praktischen Ziele der Dienstpflicht auf dem Boden der wirklichen Verhältnisse gegenüber. Die Forderung selbst faßte ein Beschluß der Versammlung folgendermaßen zusammen:

„Angeichts der ernsten Pflichten, welche die Zukunft nach dem Kriege den Frauen auferlegen wird, tritt der Allgemeine Deutsche Lehrerinnenverein für die Einführung der weiblichen Dienstpflicht ein. Anzustreben ist auf dem Wege allmählicher Fortentwicklung bestehender Ansätze die Ableistung eines zwischen dem 17. und 20. Lebensjahre liegenden Dienstjahres, das alle Frauen umschließt und einen teils haus- und volkswirtschaftlichen, teils sozialpraktischen Inhalt haben soll mit dem Ziel, die Frauen zu vollwertiger Mitarbeit an den Aufgaben der Gemeinde und des Staates zu befähigen.“

In der Aussprache, die sich dem Vortrag angeschlossen, wurde die Bedeutung der obli-

gatorischen Fortbildungsschule für die Mädchen zugleich als Stufe zum Dienstjahr und als nächstes stärkstes Erfordernis der Zeit besonders unterstrichen.

Die Berufsberatung der Mädchen mit Rücksicht auf die Kriegsfolgen wurde in drei Vorträgen von Frau Johanna Josephine Levy Rathenau, Fräulein Franziska Ohnesorge und Fräulein Johanna Gottschalk und in einer sehr eingehenden Aussprache erörtert. Der gegenwärtige Zustand des Wirtschaftslebens mit seinen mannigfachen Berufsverschiebungen, das Problem der Versorgung der Kriegserwitwen und der zahllosen Mädchen, die in Zukunft nicht zur Ehe gelangen können, macht die Berufsberatung zu einer schwierigeren und verantwortlicheren Aufgabe als je zuvor. Diese Aufgabe kann nur von sachkundigen Beratungsstellen geleistet werden, deren Leiterinnen für ihre Tätigkeit beruflich geschult sein müssen. Auch im Zusammenhang dieser Erörterungen wurde die Bedeutung einer nach Berufsclassen gegliederten Pflichtfortbildungsschule stark betont. Die schulentlassenen Mädchen, die noch keinen Beruf ergriffen, müßten hauswirtschaftlichen Klassen überwiesen werden.

Die Sektionen des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins hielten nur kurze Geschäftsitzungen ab, in denen Fragen der Kriegsfürsorge im Mittelpunkt standen. Zu starker praktischer Wirksamkeit führte diese Frage besonders die Musiksektion, da der Musiklehrerinnenstand natürlich in besonderem Maße unter der Kriegslage leidet.